

Evangelische Verantwortung

Wie christlich ist Europa? – Zum spannungsvollen Verhältnis von Christen- tum und Islam

Prof. Dr. Walter Schmithals

I. Europa – ein „Christenclub“

Europa sei kein Christenclub, sagte jüngst der türkische Ministerpräsident Erdogan, als es um die Frage der Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ging. Ihm pflichtete eifertig der Grünen-Politiker Volker Beck bei. Wer so redet, weiß nichts von der Geschichte Europas, und seine Wortwahl verrät zudem, dass er auch der europäischen Kultur recht fern steht.



„Es ist der strenge Monotheismus, also das theologische Fundament des Islam, der eine Verbindung von authentischem Islam und einer offenen Demokratie ausschließt.“

Was ist Europa? In der Antike war Europa ein Erdteil. Die alte Welt gruppierte sich um das Mittelmeer und kannte drei Erdteile: im Süden Afrika,

im Osten Asien und im Norden Europa. Alle drei Erdteile dehnten sich in eine ungewisse Ferne aus, wurden aber in ihren zum Mittelmeer hin orientierten Teilen von Rom aus regiert und einheitlich kultiviert. „Europa“ war in diesem Rahmen eine ausschließlich geographische, nicht aber eine politische oder geistige Größe. Dazu wurde Europa erst nach dem Zusammenbruch des römischen Imperiums, der von der Völkerwanderung herbeigeführt wurde. Die entsprechenden historischen Vorgänge sind uns bekannt. Als sich die stürmischen Wellen der Völkerwanderung langsam legten, konsolidierte sich im europäischen Teil des römischen Imperiums als zukunftsfähigste Macht der Stamm der Franken. Die germanischen Franken drangen von ihren angestammten und festgehaltenen Sitzen östlich des Rheins in das römische Gebiet um Maas und Mosel und zur Zeit des Königs Chlodwig (481–511) weiter in das romanische Gallien vor. Auch Alemannien und Burgund fügte Chlodwig dem Frankenreich ein. Damit war das Kerngebiet Europas einer einheitlichen Herrschaft unterworfen, in der die zugewanderten Germanen und die eingesessenen Romanen zueinander finden mussten. Dass das romanische Frankreich sich nach einem germanischen Stamm nennt, ist sichtbares Zeichen der Wurzeln, aus denen Europa erwachsen ist.

Während die germanischen Stämme in der Regel sich dem arianischen Bekenntnis angeschlossen hatten, ließ Chlodwig sich unter dem Einfluss seiner Frau, einer burgundischen Prinzessin, nach

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Resolution zum Religionsunterricht	7
Evangelisches Leserforum	13
Rückblick auf die 42. EAK-Bundestagung	15

Europa ist kein Christenclub – wer so redet, weiß nichts von der Geschichte Europas, und seine Wortwahl verrät zudem, dass er auch der europäischen Kultur recht fern steht.

dem katholischen Ritus seiner romanischen Untertanen taufen und stellte damit die Weichen zu einer europäischen Einigung von Germanen und Romanen.

Von „Europa“ im Sinn einer politisch-kulturellen Einheit kann man zur Zeit der Merowinger freilich noch nicht sprechen. Ihr Herrschaftsgebiet wurde bei ständigen inneren Konflikten von germanischer Gefolgschaftstreue zusammengehalten, ohne ein organisiertes „Reich“ zu bilden. Dies gelang erst den Karolingern. Dafür war das Wirken des Bonifatius von großer Bedeutung. Die Merowinger behandelten die Kirche als ihre Eigenkirche, die ganz den politischen Interessen ihrer Herrschaft dienstbar war. Bonifatius kam indessen aus der angelsächsischen Kirche auf das Festland, die durch Papst Gregor (590–604) gegründet worden war. Er wollte in Treue zu Rom seine Stammesbrüder auf dem Kontinent missionieren, wo er 35 Jahre lang, von 719 bis 754, als er in Friesland erschlagen wurde, tätig war, und zwar je länger desto mehr auch als Organisator der gesamten fränkischen Kirche, die durch ihn dem Papst zwar nicht rechtlich, wohl aber geistlich unterstellt wurde. Dies war eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung Europas. Bezeichnend ist, dass Pippin, bevor er 751 den letzten Merowinger ins Kloster schickte, sich zuerst der Zustimmung des Papstes versicherte, um sein Handeln öffentlich zu legitimieren, und dass er sich sodann von Bonifatius zum König salben ließ. Die Päpste hatten sich im Zerfall der römischen Zentralmacht zunächst weiterhin an der alten universalen Reichsidee orientiert. Inzwischen aber war Afrika an die Araber gefallen. Der römische Kaiser residierte in Konstantinopel, also in Asien. Deshalb unterstellte sich der Papst nunmehr dem Schutz des fränkischen Königs. Europa wurde durch Bonifatius also römisch-katholisch, die römische Kirche aber zur gleichen Zeit exklusiv europäisch. Damit war die Grundlage für das europäische Reich Karls des Großen gegeben.

Karl der Große (768–814) dehnte das fränkische Reich im Süden nach Nordspanien und über fast ganz Italien, nach Osten über die Elbe und bis nach Kärnten und Slowenien aus. Die Zeitgenossen nannten dieses geschlossene Herrschaftsgebiet das *regnum Europae*. Karl der Große organisierte dieses Reich nach Art des alten römischen Reichs und bemühte sich, das romanische und das germanische Erbe – er sprach beide Sprachen – zu vereinigen. Das Ferment dieser Vereinigung war das abendländische Christentum. Europa ist seinem Ursprung nach die Verbindung von romanischem und germanischem Erbe im

Geist dieses abendländischen Christentums, also ein „Christenclub“. Das Verfahren dieser Vereinigung war die so genannte „karolingische Renaissance“. Karl der Große überführte das überlegene lateinische Kulturerbe, die Sprache, die Dichtung, die Baukunst, die Bildung, in das neue europäische Bewusstsein. Dazu förderte er die Klöster als die Zentren der Bildung; er hob den Klerus, er organisierte die Parochien und Bistümer; er ließ seine Völker in dem Glauben, der sie mit Europa verband, unterrichten. Andererseits machte die spektakuläre Krönung Karls zum römischen Kaiser durch den Papst am Weihnachtsfest des Jahres 800 sichtbar – der Papst nutzte dazu eine gerade in Byzanz eingetretene Vakanz –, dass die römische Kirche nunmehr definitiv Europa als Erbe des römischen Imperiums ansah und sich als europäische Kirche verstand. Die Zeitgenossen hatten begriffen, dass Europa seit Karl dem Großen nicht mehr nur eine geographische Bezeichnung, sondern eine politische und geistige Wirklichkeit von höchstem Rang geworden war. In diesem Sinn feierte schon 799, als der Papst in Paderborn Karl den Großen um Hilfe gegen den römischen Adel anging, ein anonymes Dichter den späteren Kaiser als „Leuchtturm Europas, der in hellerem Licht als die Sonne erstrahlt“, und als „Vater Europas“. Wenn sich später Deutsche und Franzosen um Karl den Großen stritten und beide ihn für sich reklamierten, so ist solcher Streit sinn- und gegenstandslos. Er war weder Deutscher noch Franzose – diese Völker gab es noch nicht –, sondern Franke und Europäer, und als solche ist er 814 in Aachen gestorben. Schon seine Zeitgenossen nannten ihn als *pater Europae* „Karl den Großen“.

Nach Karls Tod zerfiel die politische Einheit des Reiches, und die Bezeichnung Europa trat zurück. Zwar erneuerte Otto der Große 962 das römische Kaisertum, aber das Reich Karls des Großen konnte er so wenig wiederherstellen wie sein Enkel Otto III. (983–1002), der mit geradezu schwärmerischer Begeisterung das Reich Karls neu errichten wollte. Der Kaiser blieb zwar der oberste Würdenträger in Europa, aber er war nicht der Herrscher Europas und nannte sein Reich auch nicht Europa, sondern sehr anspruchsvoll „Heiliges römisches Reich“. Die Einheit Europas wurde nicht von ihm, sondern vom Papst repräsentiert. Europa war keine politische Einheit mehr, wohl aber eine geistige und kulturelle Wirklichkeit geblieben. Dies „christliche Abendland“ schob seine Grenzen nach Norden in die skandinavischen Länder, im Osten bis nach Polen und Litauen, im Süden gegen die Araber bis nach Sizilien und Gibraltar vor.

Europa ist seinem Ursprung nach die Verbindung von romanischem und germanischem Erbe im Geist dieses abendländischen Christentums, also ein „Christenclub“.

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 1. Juli hat Bundeskanzler Gerhard Schröder im Parlament die „Vertrauensfrage“ gestellt. Nicht nur der Bundeskanzler selbst, sondern jeder Zeitungsleser weiß mittlerweile, dass Schröder die bekundete Absicht, Vertrauen zugesprochen zu bekommen, gar nicht verfolgt hat. Vielmehr wurde damit nur dokumentiert, dass er dem Bundestag eine glatte Unwahrheit übermittelt hatte.

Fakt ist allerdings: Rot-Grün ist gescheitert. Der Versuch, die eigene Partei durch das Vorziehen der Wahlen und damit des Wahlkampfes zu disziplinieren, ist gescheitert. Angesichts des Linksbündnisses von Alt- und Wendekommunisten sowie von Linkspopulisten mit gekränkter Eitelkeit ist die SPD heillos zerstritten. Diese Bundesregierung hat hingeworfen, sie hat aufgegeben.

Schröder gab selbst in der Presse zu, dass „Rot-Grün nicht wirklich zu den Problemen gepasst hat“ und sagte sogar: „Es kostete in den vergangenen Jahren zunehmend mehr Kraft, das zusammenzuhalten, was quer stand zu den Bedürfnissen der Republik.“ Im Klartext heißt das: Das Bündnis von SPD und Grünen war ein historischer Irrtum. Schröder hat offensichtlich selbst empfunden, dass die Koalition aus SPD und grüner Partei nicht viel mehr als „Homo-Ehe“ und Dosenpfand zustande gebracht hat. Angesichts von horrender Neuverschuldung, Arbeitslosenzahlen und Nullwachstum kann die Bilanz eigentlich nicht schlimmer ausfallen. Diese Regierung hat aufgegeben, sie ist schlicht am Ende. Das Schlimmste aber ist: Sie hat Deutschland nicht nur ökonomisch und sozial, sondern vor allem auch geistig-moralisch abgewirtschaftet.

Bei der Bundestagswahl 2002 haben Gerhard Schröder und Peter Hartz die Halbierung der Arbeitslosigkeit auf 2 Millionen versprochen. Und gerade an der Senkung der Arbeitslosigkeit wollten sich Schröder und die SPD doch messen lassen. Vor wenigen Monaten hatten wir aber in Wirklichkeit erstmals mehr als 5 Millionen Arbeitslose! Das sind Menschen mit Namen und Gesichtern, Mütter und Väter, die eine Familie zu versorgen haben, junge Leute, die den Einstieg ins Berufsleben suchen, die selbst eine Familie gründen wollen.

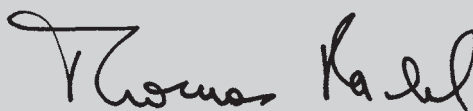
Statt gegen all diese Missstände tatkräftig und konsequent anzugehen, gefallen sich rot-grüne Politiker nach 7 Jahren eigener Regierung immer noch darin, den Bürgerinnen und Bürgern den Mythos vom angeblich schweren „Erbe“ der Vorgängerregierung zu verkaufen. Die Bürgerinnen und Bürger im Lande werden selbst urteilen müssen, ob es überzeugend ist, dass eine Partei wie die SPD an einem Tag noch ihr eigenes Scheitern zelebriert und sich am anderen schon wieder zum Wahlkampf anschickt. Das neue „Manifest“ der SPD ist jedenfalls nichts weiter als das bekannte Sammelsurium weiterer ungedeckter Schecks für die Zukunft.

In den Bürgersprechstunden in meinem Bundestagswahlkreis höre ich die konkreten Sorgen der Menschen. Es bewegt mich sehr, wenn junge Leute zu mir kommen, die sich trotz Ausbildung oder ordentlichem Examen die Finger mit Bewerbungen wund schreiben und trotzdem ständig neue Absagen verkraften müssen.

Vorfahrt für Arbeit ist darum das Gebot der Stunde! Diesem Ziel müssen sich alle anderen politischen Ziele unterordnen. Deshalb muss gelten, sozial ist das, was Arbeit schafft! Hierfür steht die Union als Alternative bereit. Zusammen mit Angela Merkel als unserer Kanzlerkandidatin werden wir darum für eine gerechte und überzeugende Politik aus einem Guss kämpfen, die sich ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen bewusst ist.

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel MdB
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



„Vorfahrt für Arbeit ist darum das Gebot der Stunde! Diesem Ziel müssen sich alle anderen politischen Ziele unterordnen.“

Als die Türken 1683 vor Wien standen, erinnerten sich die zerstrittenen Völker Europas mühsam der gemeinsamen Geschichte und ihrer Verantwortung für das europäische Erbe und ließen auch den Begriff „Europa“ wieder aufleben.

Der „Christenclub“ Europa erweiterte sich also auf seinen überkommenen Grundlagen. Die Kreuzzüge waren eine europäische Bewegung, die von der Eroberung Palästinas durch die Seldschuken ausgelöst wurde. Die Bekämpfung der Ketzer war an nationale Grenzen nicht gebunden. Die Sprache der Wissenschaft war europäinheitlich das Lateinische. Die seit 1200 entstehenden Universitäten waren europäische Institutionen, und die Gelehrten hatten europäischen Rang; sie konnten wie auch die Studenten in Paris sowohl als auch in Prag oder Canterbury lehren bzw. lernen. Die Orden kannten keine nationalen Grenzen, sondern verbreiteten, organisierten und reformierten sich europaweit nach den gleichen Regeln. Der Kultus folgte überall dem gleichen Ritus und derselben lateinischen Sprache. Die mittelalterliche Kunst war eine europäische Kunst; Baumeister und andere Künstler waren keiner Nation verpflichtet. Der Adel, zumal der Hochadel, kannte zwar strenge Standesgrenzen, kannte aber keine Landesgrenzen. Die Hanse war zwar deutsch geprägt, aber europäisch organisiert. Das Rittertum, der Minnegefang, die höfische Dichtung, das Städtewesen, die Standesordnung, die Lehnsherrschaft usw. folgten in ganz Europa im Wesentlichen den gleichen Regeln. Der Handel war frei, die Währung konvertierbar, die Produkte waren austauschbar. Als es 1159 zu einer päpstlichen Doppelwahl kam, rief Kaiser Barbarossa eine europäische Bischofsynode ein, und die Reformversuche in der vorreformatorischen Zeit wurden stets als europäische Aufgabe begriffen. Als politische Einheit war Europa nur eine kurze Lebenszeit beschieden, aber als geistig-kulturelle Wirklichkeit blieb Europa bestehen, und zwar als ein „Christenclub“ aus unterschiedlichen Ländern, die in einem gemeinsamen geistig-geistlichen Boden wurzelten.

Die Reformation bedeutete den tiefsten Einschnitt in der Geschichte Europas, aber auch sie

vollzog sich als europäisches Ereignis im Gefolge der vielen vorhergehenden Reformationsversuche und endete freilich mit einer Kirchenspaltung. Aber es war die europäische Christenheit, die sich spaltete, ohne die gemeinsamen Wurzeln preiszugeben. Ein anderes einschneidendes Ereignis war die Aufklärung. Aber auch sie war ein europäisches Ereignis, und die von der Aufklärung herausgestellten individuellen Menschenrechte sowie die Säkularisierung sind eine neuzeitliche Fassung jener biblischen Grundsätze, die das Abendland seit seiner Christianisierung prägten: Der Vorrang des Einzelnen und die Unterscheidung von Religion und Politik. Insofern war die Aufklärung ein typisch europäisches Ereignis und nur in Europa möglich. Als die Türken 1683 vor Wien standen, erinnerten sich die zerstrittenen Völker Europas mühsam der gemeinsamen Geschichte und ihrer Verantwortung für das europäische Erbe und ließen auch den Begriff „Europa“ wieder aufleben.

Zunächst die Konfessionskriege des 17. Jahrhunderts, sodann die Nationalkriege des 20. Jahrhunderts ließen zudem den Wunsch nach einer politischen Einheit Europas wieder wach werden, und dieser Wunsch war stets mit einem Rückblick auf die europäischen Wurzeln verbunden. Ich erinnere an Leibniz, der einen großen Teil seiner philosophischen Besinnung darauf verwandt hat, um der Einheit Europas willen die Spaltung der europäischen Christenheit zu überwinden. Unter dem Eindruck der Französischen Revolution verfasst Novalis 1799 seinen bekannten Aufsatz „Die Christenheit oder Europa“, in dem das Christliche als das genuin Europäische erscheint, von dessen Erneuerung auch die politische Einheit erwartet wird. Sein Aufsatz schließt mit den Worten: „Wann und wann eher? Darnach ist nicht zu fragen. Nur Geduld, sie wird, sie muss kommen, die heilige Zeit des ewigen Friedens, wo das neue Jerusalem die Hauptstadt der Welt sein wird; und bis dahin seid heiter und mutig in den



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Seit Dezember 2004 haben insgesamt 281 Leserinnen und Leser 14.231,62 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

Gefahren der Zeit, Genossen meines Glaubens, verkündigt mit Wort und Tat das göttliche Evangelium und bleibt dem wahrhaften, unendlichen Glauben treu bis in den Tod.“ Das ist romantische Utopie, zugleich aber ein Zeichen dessen, dass Europa und seine Wurzeln im lebendigen Bewusstsein geblieben sind. Ernst Moritz Arndt verfasste 1803 seine Schrift „Germanien und Europa“, und auch Napoleon erwies sich wenig später in seiner Weise als Europäer, als er sich selbst zum Kaiser krönte und den Papst in eine Stellung zu seiner eigenen Herrschaft setzte, die dem Verhältnis nachgebildet war, das zwischen Karl dem Großen und dem Papst bestanden hatte. Die „Heilige Allianz“ von 1815, der sich alle europäischen Mächte – mit Ausnahme freilich der geographisch noch nach Europa hinüberreichenden Türkei – anschlossen, spricht von Europa als von der einen christlichen Nation, von der die Völker einen Teil bilden.

Nach dem Ersten Weltkrieg verkündigte nicht nur Oswald Spengler den Untergang des Abendlandes, sondern der österreichische Graf Richard Coudenhove-Kalergi veröffentlichte auch 1923 sein Buch „Paneuropa“ und gründete zur Rettung

des Abendlandes die Paneuropabewegung. In den Zeitschriften „Hochland“ (seit 1921) und „Abendland“ (seit 1925) warben vor allem katholische Intellektuelle für eine europäische Einigung im Rahmen der christlichen Kultur. Die Reaktivierung des paneuropäischen Gedankens seit 1945 wurde die Grundlage der Europapolitik Adenauers, Schumanns und de Gasperis und der Ausgangspunkt der europäischen Zusammenschlüsse bis hin zur „Europäischen Union“, die indessen, folgen wir Erkaban und Volker Beck, kein Christenclub sein soll.

Damit sind wir wieder beim aktuellen Thema. Ich urteile nicht über die Chancen der Erhaltung oder der Festigung und des Ausbaus der europäischen Union. Ich lasse auch die Frage offen, inwieweit das christliche Fundament, auf das Europa gebaut wurde, heute noch tragfähig ist. Beide Fragen kann nur die Zukunft beantworten. Unbestreitbar ist, dass Europa kein anderes Fundament als das abendländische Christentum besitzt, und auf diesem Fundament steht auch der Europäer, der dem Christentum nicht mehr verbunden ist. Die europäische Kultur beruht auf dem christlichen Menschenbild, wie es seine



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 10. 6. 05

Resolution des Bundesvorstandes des EAK der CDU/CSU: Das Waffenembargo der Europäischen Union gegen die Volksrepublik China soll in Kraft bleiben

Seit über einem Jahr spricht sich Bundeskanzler Gerhard Schröder öffentlich für die Aufhebung des Waffenembargos gegen China aus, zuletzt im Frühjahr dieses Jahres, nur Tage nach einer erneuten, kaum verhüllten Kriegsdrohung Pekings gegen das benachbarte Taiwan.

Trotz aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in China seit dem Inkrafttreten des Embargos im Juni 1989 bestehen die Gründe für diese Sanktion fort. Gravierende Menschenrechtsverletzungen, eine hohe Zahl von Hinrichtungen sowie die Unterdrückung demokratischer Reformbestrebungen und der nationalen Minderheiten des Landes dauern an.

Der Evangelische Arbeitskreis ist insbesondere besorgt über die Drangsalierung und Verfolgung evangelischer und katholischer Christen in der Volksrepublik China, die nicht dem jeweiligen staatsoffiziellen Teil dieser beiden Konfessionen angehören. Ohne deutliche Fortschritte in diesen Fragen ist die Aufhebung des Waffenembargos der EU nicht zu rechtfertigen.

neuezeitliche Ausprägung in der Aufklärung gefunden hat. In der Türkei aber ist der Islam Staatsreligion, und wenn sich die Türkei auch unter Atatürk Europa zugewandt hat, so ist doch das christliche Menschenbild nicht nur dem Islamismus, sondern auch dem Islam selbst fremd, und eine Aufklärung kann es im Islam nicht geben, sofern er sich nicht selbst verleugnet.

Man kann ja schon fragen, ob nicht die Europäische Union mit der Aufnahme östlicher Länder wie der Ukraine, Weißrussland oder gar Russland überfordert wäre. Peter der Große (1689-1725) hatte Russland zwar nach Europa hin geöffnet und dazu die Hauptstadt seines Reichs nach Sankt Petersburg verlegt, und dem Manifest der Heiligen Allianz von 1815 liegt ein Entwurf von Zar Alexander I zugrunde, doch fällt es Russland bis in die Gegenwart schwer, sich europäischen Werten voll aufzuschließen. Immerhin würde eine solche Osterweiterung der Europäischen Union das Fundament Europas nicht wesentlich alterieren. Ein Europa mit der Türkei wäre aber nicht mehr Europa, wie es geschichtlich geworden ist. Es bedürfte, um mehr als eine Freihandelszone zu sein, einer neuen Grundlage, von der aber niemand sagen kann, wie diese beschaffen sein soll. Europa ist nun einmal von seinem Ursprung her ein „Christenclub“, wie immer auch seine Menschen und Völker heute sich zu dieser Identität stellen. Wer davon Abschied nimmt, verabschiedet sich von Europa.

II. Euro-Islam?

Der Mord an dem niederländischen Regisseur van Gogh hat eine Schleuse geöffnet. Plötzlich darf allenthalben ausgesprochen werden, was die political correctness bislang auszusagen verboten hat. Das ist verwunderlich und bedenklich. Verwunderlich, weil jener Mord doch nur die Kette weltweiter islamischer Terrorakte um ein kleines Glied verlängert hat. Warum gerade er die Schleusen öffnete, hinter denen sich die kritischen Anfragen an den bisherigen Umgang mit den muslimischen Migranten in Europa aufgestaut haben, ist nicht leicht zu erkennen und wohl damit zu erklären, dass Holland als besonders liberales und tolerantes Land gilt. Es bedurfte aber offensichtlich nur eines kleinen Anstoßes, um aussprechen zu können, was zuvor keinem verborgen und doch allen zu sagen verboten war. Und es ist bedenklich, weil es in unserer freiheitlichen Gesellschaft offensichtlich ohne große Mühe möglich ist, sich selbst ideologische Scheuklappen aufzusetzen und zugleich den

anderen daran zu hindern, das, was jeder mit offenen Augen wahrnimmt, auch offen auszusprechen. Diese Erfahrung stellt unserer politischen Kultur kein gutes Zeugnis aus.

Nun darf man also plötzlich, ja nun muss man sogar um eines besseren Zusammenlebens willen von gescheiterter Integration sprechen. Man darf, ohne als Nationalist das Wort verboten zu bekommen, sogar von deutscher Leitkultur reden, und Begriffe wie europäische oder demokratische Leitkultur in den Mund zu nehmen, gehört zum Pflichtprogramm auch jener Kreise, die sich bisher schon mit dem bloßen Begriff der Leitkultur den Mund verbrannt hätten. Selbst der Begriff abendländische Leitkultur ist nicht mehr verpönt. Und wem es besonders schwer fällt, sich von dem Traum einer harmonischen Multi-Kulti-Gesellschaft zu verabschieden, spricht immerhin schon einschränkend von der multikulturellen Demokratie.

Der Chor, der jetzt zu hören ist, erklingt allerdings vielstimmig, und nicht alle Stimmen haben eine sichere Tonlage. So ist gegen eine multikulturelle Gesellschaft ja nichts Grundsätzliches einzuwenden. Die Bayern haben eine andere Kultur als die Mecklenburger, eine Akademikerfamilie eine andere als eine Pennergruppe, ein Künstler eine andere als ein Viehzüchter. Die Frage ist, wo und wodurch die kulturelle Vielfalt in einer Gesellschaft an eine Grenze stößt, die zu überschreiten die Existenz dieser Gesellschaft durch die Entstehung von Parallelgesellschaften grundsätzlich in Frage stellt. Andersherum gefragt: Welche kulturellen Missgriffe müssen sich Teile der Gesellschaft erlauben, um den Zusammenhalt dieser Gesellschaft zu gefährden?

Und der Begriff der deutschen Leitkultur möchte durchaus in die Irre führen. Er weist zwar darauf hin, dass die Beherrschung der Umgangssprache eine unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftliche Integration ist, aber ein Blick in die Schweiz zeigt, dass selbst in einem kleinen Land verschiedene Umgangssprachen nebeneinander bestehen können, ohne die Gesellschaft als solche zu gefährden: Natürlich sind die historisch gewachsenen Schweizer Verhältnisse nicht mit den Integrationsproblemen in einem Zuwanderungsland gleichzusetzen, aber wenn man bedenkt, dass die islamischen Terroristen durchweg die Sprache ihres Gastlandes beherrschen – und für ihre Pläne beherrschen müssen –, wird deutlich, dass die Unkenntnis der jeweiligen Landessprache zwar ein wichtiges kulturelles Hindernis für Integration ist, dass daneben aber andere Faktoren

Die Frage ist, wo und wodurch die kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft an eine Grenze stößt, die zu überschreiten die Existenz dieser Gesellschaft durch die Entstehung von Parallelgesellschaften grundsätzlich in Frage stellt.

Resolution des Bundesvorstandes des EAK der CDU/CSU zum Beschluss der SPD des Landes Berlin zum Religionsunterricht

Nachdem die SPD des Landes Berlin beschlossen hat, einen staatlichen Werteunterricht als ordentliches Unterrichtsfach (Pflichtfach) für alle Schülerinnen und Schüler einzuführen und den christlichen Religionsunterricht als Veranstaltung der Kirchen und außerhalb des Lehrplans zu zulassen, erklärt der EAK der CDU/CSU:

1. Der demokratische und soziale Rechtsstaat lebt von geistigen Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. Erhebt er jedoch den Anspruch, letzte Werte zu formulieren und über sie zu urteilen, so ist, wie die jüngere deutsche Geschichte lehrt, die Gefahr der Ideologisierung gegeben.
2. Die Vermittlung der unsere christlich-abendländische Kultur prägenden Werte ist die Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer in allen Unterrichtsfächern.
3. Eine bloße Darstellung unterschiedlicher Wertevorstellung bleibt im Unverbindlichen und ruft nicht in die Verantwortung. Die eigene Entscheidung in grundsätzlichen Fragen des Lebens und seiner Ordnungen erfolgt immer nur in der Auseinandersetzung mit der klaren Haltung des Gesprächspartners. Eine unentschiedene Darstellung verschiedener „Werte“ hilft nicht weiter, sondern verführt zur eigenen Unverbindlichkeit und Unentschiedenheit.
4. Die Streichung des Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach bedeutet auf längere Sicht den Bruch mit den geistigen Traditionen, aus denen Europa und seine Kultur gerade in den unterschiedlichen Ausprägungen leben. Die Folgen dieses Bruches werden auf allen Gebieten, auch in unserem öffentlichen Leben, zu spüren sein.
5. Der EAK der CDU/CSU fordert für alle Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, einen Ethikunterricht nach einem Lehrplan, der an den Grundlagen abendländischer Ethik orientiert ist und die junge Menschen zur Auseinandersetzung mit ihnen in einer globalisierten Welt begegnenden anders begründeten sittlichen Vorstellungen befähigt.

Aus diesen Gründen verurteilt der EAK der CDU/CSU den Beschluss der Berliner SPD, staatlichen Werteunterricht als Pflichtfach einzuführen und damit zusätzlich zur bisherigen Mittelkürzung den Religionsunterricht zu verdrängen. Der EAK kommt zu diesem Urteil nicht zuletzt aus der Sorge, dass durch die Umsetzung des Beschlusses auf lange Sicht die Grundlagen der Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien bedroht sein könnten.

Der EAK will die Beibehaltung und in Ländern, die sich auf die Bremer Klausel berufen, die Einführung des Religionsunterrichts als ordentliches Unterrichtsfach und einen Ethikunterricht für alle Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Er unterstreicht damit die Bedeutung der Religion bei der Selbstvergewisserung einer Kultur, die erst die Voraussetzung für Weltoffenheit und Toleranz ist.

von erheblichem Gewicht sein müssen. Die Soziologen sagen zudem und die Erfahrungen an unseren Schulen zeigen uns, dass die bloß sprachliche Integration weithin dazu führt, dass sich der muslimische Emigrant seiner Fremdlingschaft stärker bewusst wird und sich nun um so mehr von der Mehrheitsgesellschaft abschottet. Und wenn man weiterhin bedenkt, dass bei Asiaten und Schwarzafrikanern die Integration in der Regel relativ leicht gelingt, bei Muslimen dagegen, seien es nun Araber, Türken oder Pakistaner, große Probleme zu bereiten pflegt, so liegt am Tage, dass der Islam selbst bzw. die Verbundenheit mit der islamischen Kultur der Integration in eine abendländische Gesellschaft spürbar im Wege steht.

Sowohl die Trennung von Religion und Politik als auch der Primat des Individuums vor der Gesellschaft – zwei Phänomene, die einander bedingen, – haben bekanntlich christliche Wurzeln.

In Erkenntnis und Anerkennung dieses Sachverhaltes fordern einsichtige Moslems, wie es der aus Syrien stammende und in Göttingen lehrende Bassam Tibi in zahlreichen Veröffentlichungen tut, die Entwicklung eines Euro-Islam, also die Aufnahme bestimmter Werte der abendländischen Kultur in den Islam, um die Integration zu ermöglichen und zwar vornehmlich die Trennung von Religion und Politik sowie die Anerkennung der individuellen Menschenrechte. Dem kann man grundsätzlich nur zustimmen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob ein solcher Euro-Islam noch ein authentischer Islam ist. Niemand bezweifelt z.B., dass ein liberaler Jude ein wirklicher Jude ist. Die Abstammung von einer jüdischen Mutter und die Beschneidung charakterisieren ihn auch dann noch als Juden, wenn er sich nicht um koscheres Essen kümmert und keine Schläfenlocken trägt. Kann in entsprechender Weise ein Moslem, der die abendländische Leitkultur bejaht, als wirklicher Moslem gelten? Ist einem Moslem also zuzumuten, sich einen, wie man auch sagt, aufgeklärten oder liberalen Islam zueigen zu machen? Oder machen wir nicht auch in diesem Fall den beliebten Fehler, die Entwicklungsmöglichkeiten der islamischen Kultur nach abendländischen Maßstäben zu bemessen?

Sowohl die Trennung von Religion und Politik, Voraussetzung jeder demokratischen Gesellschaft, als auch der Primat des Individuums vor der Gesellschaft – zwei Phänomene, die einander bedingen, – haben bekanntlich christliche Wurzeln. Man kann diese Wurzeln historisch beschreiben, muss sie aber auch theologisch beurteilen.

Die Rechte des Individuums

Was die Rechte des Individuums angeht, so ist historisch zu beobachten, dass sich im Ur-

christentum der Einzelne für den Anschluss an die christliche Gemeinde entscheiden musste. Dies bedeutete oft einen Bruch mit den nächsten Angehörigen. Ein Satz wie: „Wer Vater oder Mutter mehr liebt als mich, der ist mein nicht wert; und wer Sohn oder Tochter mehr liebt als mich, der ist mein nicht wert“ (Mt 10,37), weist auf diese Situation hin, und wenn auch oft der Hausvater die Religion des Hauses bestimmte, so waren andererseits Ehen von Christen und Nichtchristen nicht ungewöhnlich (vgl. 1Kor 7,12-16). Durch die persönlich vollzogene Taufe wurde der Einzelne in die christliche Gemeinde aufgenommen, und dieses Zeichen der Individuation, das sich später sogar mit der persönlichen Namensgebung verband, ist in der volkscirchlichen Situation immer festgehalten sowie durch täuferische Gruppen von Zeit zu Zeit betont herausgestellt worden.

Wichtiger ist freilich der sich in diesem Zeichen artikulierende theologische Sachverhalt. Während die zeitgenössische hellenistische Religiosität davon ausging, dass die religiöse Wahrheit der vernünftigen Einsicht, der „Weisheit“ (sophia), offen steht und nur aus Uneinsichtigkeit geleugnet werden kann, sagt Paulus von der christlichen Botschaft, sie sei „den Juden ein Ärgernis und den Griechen eine Torheit“ (1Kor 1,23). „Denn weil die Welt durch ihre Weisheit Gott in seiner Weisheit nicht erkannte, gefiel es Gott wohl, durch törichte Predigt zu retten, die daran glauben“ (1Kor 1,21). „Glaube“, durch eine in den Augen der Griechen „törichte Predigt“ erweckt, ist also kein intellektueller Vorgang, sondern ein existentieller Lebensvollzug, nämlich ein Überführtwerden von der in der Predigt laut werdenden, den Nichtglaubenden ärgerlichen oder törichten Botschaft. „Denn die göttliche Torheit ist weiser als die Menschen sind, und die göttliche Schwachheit ist stärker als die Menschen sind.“ (1Kor 1,25). Die Wahrheit, die der Glaube glaubt, ist zwar mit anderen Wahrheitsansprüchen nicht kompatibel, aber sie ist auch keine allgemeine bzw. allgemein einsichtige Wahrheit. Der christliche Glaube ist vielmehr ein durch und durch persönlich geprägtes bzw. individuelles Phänomen und insofern auch die wesentliche Grundlage des modernen Menschenrechtsgedankens, wenn dieser auch daneben Momente der stoischen Ethik aufgenommen hat.

Im Unterschied zum Urchristentum hat sich der frühe Islam nicht auf dem Weg der den einzelnen Hörer ansprechenden Mission ausgebreitet, sondern auf dem Weg militärischer Eroberung. Als Mohammed in seiner Heimatstadt Mekka keine

Unterstützung fand, wicher bekanntlich nach Medina aus, wo er mit Hilfe befreundeter Stämme die politische Herrschaft in die Hand bekam und von wo aus er den Krieg gegen Mekka führte, der ihn schließlich auch dort an die Macht brachte. Damit begann die arabische Eroberung der Länder vom Zweistromland bis nach Spanien, die mit einer kollektiven Islamisierung verbunden war, von der nur Juden und Christen, die Mohammed für Vorläufer des Islam ansah, bis zu einem gewissen Grade ausgenommen waren.

Stringenter noch als diese historischen Überlegungen sind die theologischen. Für den Islam ist die im Koran begegnende offenbarte Wahrheit zugleich eine allen Gutwilligen einleuchtende Vernunftwahrheit. Immerfort verweist der Koran auf die Wunder der Schöpfung als Beweis für seine Gotteslehre oder auf die Erzählungen

des Alten Testaments als Beleg für das Gericht Gottes über die Bösen. Der Islam ist insofern eine Religion von umfassender Rationalität. Sich nicht überzeugen zu lassen, ist böswillige Verstocktheit, die vielen Polytheisten in der Frühzeit des Islams das Leben gekostet hat, und vom Islam abzufallen, gilt nicht von ungefähr schon im Koran als ein todwürdiges Verbrechen. In diesen Zusammenhang gehört das Verständnis des Korans. Während die Bibel ein wie auch immer inspiriertes menschliches Zeugnis von der Offenbarung Gottes in Jesus Christus ist, ist für den Islam der Koran selbst die Offenbarung. Dies Buch gilt als wesensgleich mit Gott, ist sein unerschaffenes Wort, dessen Original im Himmel aufbewahrt wird und von dem Engel Gabriel Mohammed mitgeteilt wurde. Wo im Koran alt- und neutestamentliche Worte und Berichte in einer von der biblischen Vorlage abweichenden Form begegnen, liegt deshalb kein Irrtum Mo-



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 13. 6. 05

Das „C“ im Parteinamen der Union bleibt auch nach 60 Jahren unverzichtbarer Anspruch

Zu den wiederholten Äußerungen Kardinal Meisners bezüglich der Verzichtbarkeit des „C“ im Parteinamen der Union hat der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, auf der 42. EAK-Bundestagung in Heidelberg grundsätzlich Stellung genommen:

„Das „C“ im Parteinamen ist kein Gütesiegel, sondern Anspruch, Herausforderung und Selbstbindung. Es gleicht einem Kompass und ist insofern für die Politik und Programmatik der Union unverzichtbar.“

Als Protestanten wissen wir uns als lebendiger Teil und mündige Glieder der Kirche und nicht bloß als demütig-stumm empfangendes Gegenüber eines autoritären kirchlichen Lehramtes. Schon das trennt uns von der selbst in der römisch-katholischen Kirche äußerst umstrittenen Position Meisners.

Als evangelische Christen in der Politik wissen wir aber vor allem auch, dass das politische bzw. weltliche Amt anders geartet ist und auch sein muss als das geistliche Amt der Kirche. Mit Barmen verwerfen wir gewiss die „falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden“ (5. These). Gerade dieses Bewusstsein war bei den Gründungsvätern und -müttern der Union vor 60 Jahren bei der Parteigründung entscheidend. Genau dieses Bewusstsein gilt es gerade heute wieder neu zu stärken.

Wir verwerfen aber auch – frei nach Barmen formuliert- die falsche Lehre, als gäbe es in politischen Dingen von irgendeiner Seite aus – und sei es vom geistlichen Amt der Kirche – einen moralisch absoluten bzw. höherwertigen Standpunkt.“

hammeds vor, vielmehr haben Juden und Christen ihre Schriften später gefälscht. Wegen seiner Wesensgleichheit mit Gott kann der Koran auch nicht übersetzt werden, so dass nur die relativ kleine Schar der Muslime, die das klassische Arabisch beherrscht, den Koran überhaupt lesen können. In den Koranschulen wird der arabische Koran mechanisch auswendig gelernt, und in allen Moscheen werden arabische Suren gebetet, auch wenn die Betenden den Sinn der gebeteten Worte gar nicht verstehen. Es zeugt von Ignoranz, wenn man weithin Bibel und Koran nebeneinander stellt. Nicht nur hinsichtlich des Inhalts, sondern auch im Umgang mit beiden Büchern gibt es kaum eine Gemeinsamkeit. Man kann darum dem Koran gegenüber auch nicht die Haltung des Glaubens im christlichen Verständnis einnehmen. Zwar trennt der Islam die Menschen in Gläubige und Ungläubige, aber die Gläubigen sind einfach die Angehörigen der Umma, der muslimischen Gemeinschaft, in die hinein man geboren, nicht etwa getauft wird. Die Ungläubigen sind alle anderen Menschen, keinesfalls aber vollziehen die Gläubigen einen Akt glaubender Anerkennung im Sinn einer christlichen Bekehrung, weshalb im islamischen Denken auch eine Apostasie, ein bewusster Abfall vom Glauben, eine Undenkbarkeit darstellt.

Ich halte es kaum für möglich, dieses geschlossene und stark ritualisierte System zu durchbrechen und dem einzelnen Muslim gegenüber dem Koran eine Stellung einzuräumen, wie sie der Mensch im Hören und Verstehen der biblischen Botschaft gegenüber einnimmt, ohne den Islam substantiell zu verändern.

Trennung von Religion und Politik

Diese Skepsis verstärkt sich, wenn man bedenkt, dass der Koran dem Muslim nicht nur seine religiöse Ausrichtung vermittelt, sondern ihn der Sharia unterwirft, also seine gesamten Lebensverhältnisse regelt: Religion, Sittlichkeit, Kult, Kultur, Recht und Politik. Damit stehen wir bei dem anderen für einen Euro-Islam in Geltung gebrachten Reformvorschlag. Der Euro-Islam soll, abendländisch gesprochen, Staat und Kirche bzw. Religion und Politik trennen, um integrationsfähig zu sein. Er darf die staatlichen Entscheidungen nicht mehr an ein religiöses Bekenntnis binden.

Die Trennung von Staat und Kirche ist im Christentum historisch fundiert. Die frühchristlichen Gemeinden hatten keinerlei politischen Einfluss,

sondern unterlagen über Jahrhunderte latenter oder manifester staatlicher Repression, weil sie dem Kaiser göttliche Ehren verweigerten. Im Bestreben, ihre religiöse Freiheit zu behaupten, waren die Christen aber im Übrigen bemüht, sich als vorbildliche Bürger des heidnischen Staates zu erweisen, dem Kaiser und seinen Statthaltern alle ihnen gebührende Ehre zu erweisen und vor allem die Steuern vorbildlich zu zahlen. Das Wort aus dem Evangelium: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“, (Mk 10,17), ist der klassische und prägnante Ausdruck dieses Sachverhalts. Zwar zeigen Ereignisse wie die mittelalterliche Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Papst oder der Auszug der Pilgerväter 1620 nach Amerika, dass jene Trennung im christlich gewordenen Abendland zu Problemen führen konnte; sie belegen aber zugleich den dauerhaften Bestand dieser Trennung.

Diese historisch zu beobachtende Trennung beruht auf der theologischen Unterscheidung von irdischem Wohl und ewigem Heil, von weltlichem Recht und göttlicher Gerechtigkeit, von irdischen Staaten und dem Reich Gottes. Sie hat in Augustins Rede von der *civitas terrena* und der *civitas Dei* oder in Luthers Zwei-Reiche-Lehre jeweils zeittypische Ausprägungen gefunden, nachdem sie auf dem Konzil von Nicäa 325 dogmatisch fixiert worden war. Dies von Konstantin einberufene Konzil sollte zwar primär den christologischen Streit zwischen Arianern und Orthodoxen beenden. Indem aber das Bekenntnis von Nicäa innerhalb der trinitarischen Gottesvorstellung Vater und Sohn sowohl gleichstellte als auch unterschied, wurden Schöpfung und Erlösung, Wohl und Heil als Werke des einen Gottes bekannt und mit gleicher Würde versehen, zugleich aber unterschieden, so dass der seiner Göttlichkeit entkleidete Kaiser – zunächst also Konstantin selbst – seine politische Aufgabe in unmittelbarem Auftrag Gottes ohne kirchliche Bevormundung wahrnehmen konnte. Insofern ist die Trinitätslehre das wesentliche theologische Fundament der abendländischen Unterscheidung von Religion und Politik.

Schaut man von da aus auf den Islam, so ist zunächst historisch festzustellen, dass Mohammed sowohl Religionsstifter als auch autoritärer Staatsmann gewesen ist. Die Suren des Korans, die entstanden sind, nachdem Mohammed in Medina und später in Mekka die politische Macht errungen hatte, dienen durchweg der Regelung rechtlicher und politischer Belange, und zwar in der gleichen zeit-

Es zeugt von Ignoranz, wenn man weithin Bibel und Koran nebeneinander stellt. Nicht nur hinsichtlich des Inhalts, sondern auch im Umgang mit beiden Büchern gibt es kaum eine Gemeinsamkeit.

losen und unhinterfragbaren göttlichen Autorität, wie sie auch den mehr religiös orientierten Suren eigen ist. Dieser Ausgangspunkt wurde durch das Kalifat fortgesetzt – der Kalif war geistlicher und weltlicher Herrscher – und hat sich bis in die Gegenwart nicht geändert, auch wenn das Kalifat in den muslimischen Ländern längst durch andere staatliche Strukturen abgelöst und 1924 von der türkischen Nationalversammlung auch offiziell aufgelöst wurde. Aber auch in der laizistischen Türkei ist der Islam Staatsreligion, die von dem staatlichen Direktorium für Religionsangelegenheiten gelenkt wird. Deswegen gelingt den Muslimen in Deutschland auch nicht, sich in einer umfassenden Körperschaft zu organisieren; denn eine kirchenähnliche Organisation neben der staatlichen Organisation ist für den Islam nicht vorgesehen.

Dieser historischen Ausgangssituation entspricht als theologisches Fundament der radikale Monotheismus des Islam. Dessen ständig wiederholtes Grundbekenntnis lautet: „Es gibt keinen Gott außer Gott.“, und mit diesem Bekenntnis warnt der Koran immerfort vor den Christen, die dem Vater einen Sohn beigegeben haben und damit in den Polytheismus zurückgefallen seien. Dieser gleichsam „naive“ Monotheismus ist für die Identität des Islam unaufgebbar und verbietet jede Form der Trennung von Religion und Staat, wie er für einen Euro-Islam gefordert wird. Der bedeutende muslimische Dichterphilosoph und geistige Vater Pakistans, Sir Muhammad Iqbal (1873–1938), der versucht hat, die islamische Kultur mit dem abendländischen Denken und der technischen Gesellschaft zu verbinden und dabei auch den Wert der Einzelpersonlichkeit hoch achtete, hat dennoch stets darauf insistiert, dass der Islam kei-



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 14. 6. 05

Schröders Plädoyer für Stammzellforschung offenbart irrigen Begriff von Forschungsfreiheit

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, äußert sich zu den von „Spiegel Online“ vorab veröffentlichten Auszügen des Redemanuskriptes von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der geplanten Verleihung der Ehrendoktorwürde der Biologischen Fakultät der Universität Göttingen:

„Die Passagen aus dem Redemanuskript Schröders offenbaren nicht nur einen irrigen Begriff von Forschungsfreiheit, sondern auch eine verhängnisvolle Unbekümmertheit beim elementaren Schutz der Menschenwürde.

Die Art, mit der Schröder dem von der Mehrheit des Deutschen Parlamentes geteilten hohen ethischen Standard des Stammzellengesetzes eine vermeintliche „Kultur der Freiheit“ entgegensetzt, ist empörend und entlarvt seine eigene Ideologie als „Kultur der ethischen Beliebigkeit“. Diejenigen als „anmaßend“ zu bezeichnen, die „die Motive dieser Biologen und Mediziner in Zweifel“ ziehen, ist nicht akzeptabel.

Nicht irgendwelche unterstellten „Motive“ können zur alleinigen ethischen Beurteilung der Grenzen des Forschens herangezogen werden, sondern die sich aus den Forschungen selbst unmittelbar ergebenden Konsequenzen: Wer dafür eintritt, menschliche Embryonen zu zerstören und für Forschungen zu verzwecklichen, missachtet den elementaren Schutz der Menschenwürde.

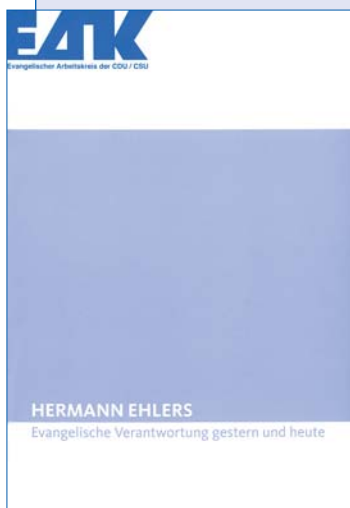
Dass die FDP dem Kanzler ausgerechnet hier Schützenhilfe leistet, zeigt, dass die Liberalen auf einem Irrweg sind.“

ne Kirche, sondern ein Staatswesen sei, die Religion keine Privatangelegenheit, sondern Fundament eines umfassenden gesellschaftlichen Organismus. Es ist der strenge Monotheismus, also das theologische Fundament des Islam, der eine Verbindung von authentischem Islam und einer offenen Demokratie ausschließt. Dies zu bestreiten, würde bedeuten, das trinitarische Gottesbild in den Islam zu verpflanzen, ein für jeden Moslem abscheulicher Synkretismus und todwürdiger Götzendienst. Darum halte ich auch die Hoffnung auf einen säkularisierten und insofern kommunikatiblen Islam für eine typisch abendländische Illusion; denn der real existierende Islam ist als solcher säkular und darum gegen die westliche Demokratie resistent. Man darf zwar nicht, aber man kann vom Islam abfallen; säkularisieren kann man ihn nicht; weil er keine dem Christentum analoge Religion, sondern eine Gesellschaftsordnung ist, die in nichtislamischen Gesellschaften immer eine Parallelgesellschaft etabliert. Auch der atheistische Moslem bleibt ein Moslem.

Man kann verstehen und mit Hochachtung zur Kenntnis nehmen, dass Muslime wie Bassam Tibi, die sich der europäischen Kultur nolens volens mehr oder weniger weitgehend anpassen, der scheiternden – er sagt: der gescheiterten – Integration mit dem Konzept eines Euro-Islam begegnen wollen. Indessen gebietet nüchterne Einsicht, die Hoffnung auf eine alle Unterschiede friedlich duldende multikulturelle Gesellschaft nicht mit dem Traum eines Euro-Islam zu verbinden. Wir würden dadurch nur um eine multikulturelle Illusion typisch abendländischer Provenienz reicher. Es gibt Euro-Muslime, die freilich im Kreis ihrer Brüder oft argwöhnisch beobachtet werden; einen Euro-Islam kann es nicht geben.

*Prof. Dr. Walter Schmithals
lehrte Neues Testament
an der Humboldt Universität Berlin.*

Das Buch zum Hermann-Ehlers-Jahr!



Mit Beiträgen von

**Angela Merkel,
Wolfgang Schäuble,
Bischof Peter Krug,
Christian Wulff,
Thomas Rachel,
Richard von Weizsäcker
und vielen anderen mehr.**

**Zum Preis von 9,80 Euro (inkl. Porto- und Versandkosten).
ISBN 3-00-016340-9**

**Zu beziehen über:
Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin
Telefon: 030 22070-432, Telefax: 030 22070-436, E-Mail: eak@cdu.de**

Evangelisches Leserforum

Bat Ye'or

Der Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam.

7.–20. Jahrhundert.

Zwischen Dschihad und Dhimmitude.

Resch Verlag, Gräfelfing 2002

ISBN 3-935197-19-5, 484 Seiten, 35,- Euro

„Der moderne Terrorismus ähnelt den grenznahen Beutezügen früherer Zeiten. Die modernen Verkehrsmittel ermöglichen es den Ghazis (Glaubenskämpfern) von heute, im Herzen des Dar al-Harb (nichtislamische Welt) Verderben zu säen, wie ihre Vorfahren die Einwohner grenznaher Dörfer niedergemacht haben.“ Dieses Zitat aus der Mitte des Buches (Seite 246) von Bat Ye'or, dessen französische Erstausgabe 1991 erschien, verdeutlicht, welchen Erkenntniswert die historische Erhellung des Niedergangs des orientalischen Christentums in 13 Jahrhunderten islamischer Herrschaft für die religiös-politische Gegenwart hat, die paradigmatisch gekennzeichnet ist durch die Terroranschläge von New York, Madrid und London.

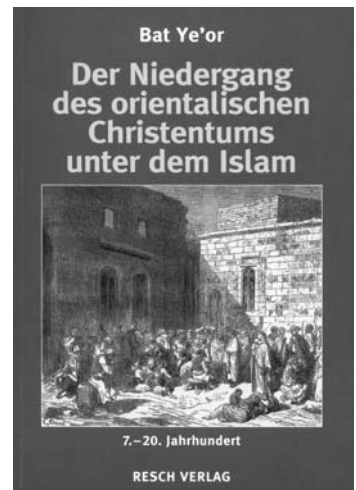
Hier ist jedoch sogleich festzuhalten, dass Bat Ye'or keine islamfeindliche Absicht verfolgt. In seiner Einleitung hebt der international angesehene Orientalist Heribert Busse hervor, dass die Verfasserin nicht leugnet, dass der Islam Träger einer hohen Kultur ist, dass sie als Historikerin „ohne polemische oder apologetische Absichte an das Thema herangeht“ und dass sie zeigt, wie nicht nur die seitens des Islam den Christen (und Juden) auferlegte Rechtsstellung als Dhimmi zum allmählichen Niedergang beigetragen hat, sondern auch interne konfessionelle Rivalitäten, Kollaboration, politische und wirtschaftliche Interessen und Einmischungen der europäischen Mächte zu unterschiedlichen Zeiten eingewirkt haben.

Bat Ye'or zeichnet also ein facettenreiches, sowohl regional wie zeitlich differenziertes Bild. Ausgehend von den vorislamischen Verhältnissen im Orient, in denen der Ursprung des Dschihad, des religiös motivierten Kampfes gegen Nichtmuslime im kriegerischen Nomadentum arabischer Stämme gesehen wird (Kapitel I), wird die Expansion des Islam, „die Zeit der Eroberungen“ (so der Titel von Kapitel II) und die Konsolidierung der Herrschaft über die eroberten Gebiete dargestellt. Dabei werden zwei große Islamisierungswellen

unterschieden. Die erste, die arabische (632–750) erstreckte sich auf die christianisierten Gebiete des Orient und Nordafrikas bis in den Maghreb und nach Spanien, der im 9. und 10. Jahrhundert die Zeit der Beutezüge über See mit Plünderungen und Brandschatzungen auf den mittelmeerischen Inseln und an den europäischen Küsten folgte. Die zweite Ausbreitungswelle, von den islamisierten Türken vorangetrieben (11.–17. Jahrhundert), erstreckte sich auf die byzantinisch-christlichen Gebiete Anatoliens und den Balkan, erreichte ihren Höhepunkt mit der Eroberung Konstantinopels 1453 und kam schließlich vor den Toren Wiens 1683 zum Stillstand.

Die folgenden Kapitel (III: Dhimmitude: Die rechtliche Grundlage und die historischen Bedingungen, und IV: Die Islamisierung der eroberten Gebiete) beleuchten die Verhältnisse der vom Islam eroberten Gebiete und ihrer nichtmuslimischen Bevölkerung mit einer Fülle von historischen Quellen und Belegen. Diese zwei Kapitel beleuchten – um nur einige wesentliche Gesichtspunkte zu nennen – die Rechtsverhältnisse des Grundbesitzes, die praktisch auf eine Enteignung hinausliefen, die den Unterworfenen auferlegte entwürdigende Kopfsteuer, die „Knabenlese“ zum Zwecke der Zwangsrekrutierung der Janitscharentruppe, die mindere Rechtsstellung, die religiöse Unterdrückung, Zwangsbekehrung und soziale Erniedrigung, wie auch wirtschaftliche Ausbeutung. Die damit gekennzeichnete Lage der unterworfenen Bevölkerung der „Schriftbesitzer“, Christen und Juden, wird mit dem Begriff „Dhimmitude“ bezeichnet, der hergeleitet ist von der Bezeichnung der Christen und Juden als „Dhimmi“, was irreführend mit „Schutzbefohlene“ übersetzt wird, tatsächlich aber diejenigen bezeichnet, die sich durch einen Vertrag (Dhimma) unterworfen haben. In der türkischen Periode tritt an die Stelle des arabischen „Dhimmi“ der Begriff „Raya“.

Die interne Lage der Dhimmi-Gemeinschaften, ihre Beziehungen untereinander, oft gekennzeichnet durch dogmatischen Streit, wie auch durch ethnische und wirtschaftliche Konflikte, die Eingriffe der islamischen Machthaber in die inneren Verhältnisse der Dhimmi-Gemeinschaften und schließlich auch die Einmischung der europäischen christlichen Staaten von außen werden in Kapitel V als weitere Faktoren des Niedergangs der vormals blühenden christlichen Völker dargestellt.



An dieser Stelle sei vorgreifend auf Kapitel IX „Eigenschaften der Dhimmitude“ hingewiesen, in dem das Phänomen der Dhimmitude in seinem strukturellen Erscheinungsbild als eine eigenständige „politisch-soziale Kategorie“ entfaltet wird.

Im Kapitel VI „Von der Emanzipation zum Nationalismus (1820-1876)“ wird die Entwicklung dargestellt, die unter dem Einfluss der europäischen Völker und Staaten, ihrem wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, politischen und nicht zuletzt humanistischen Interessen, zu Emanzipationsbestrebungen der Dhimmi- bzw. Raya- Gemeinschaften führten. Das Schicksal der weithin vergessenen alten orientalischen Kirchen wurde wieder wahrgenommen. Der politische Einfluss der europäischen Mächte auf das Osmanische Reich führte zu Verbesserung der Lage der christlichen Gemeinschaften und zu inneren Reformen. Das Bestreben nach Emanzipation zielte auf die Abschaffung der rechtlichen Diskriminierung, provozierte jedoch auch die Reaktion der traditionellen islamischen Kräfte.

Die Freiheitsbestrebungen, die immer wieder mit blutiger Gewalt bekämpft wurden, tendierten schließlich zum Streben nach nationaler Selbstständigkeit. Dem ist Kapitel VII „Die vom Nationalismus geprägten Bewegungen (1820-1918)“ gewidmet. Geprägt war diese Bewegung durch die Wiederbelebung von nationaler Kultur, Geschichte und Sprache, die in den Klöstern die Jahrhunderte der Unterdrückung überdauert hatten. Die Problematik der Einflüsse der lateinischen Kirche wie auch der europäischen Missionare seien hier wenigstens erwähnt. In diesem Kapitel werden in regionaler Hinsicht drei Gebiete besonders behandelt: Armenien („Der Genozid an den Armeniern war ein Dschihad“), die Arabischen Provinzen und der christliche (antizionistische) Arabismus, schließlich der Zionismus, gedeutet als „jüdischer Dhimmi-Nationalismus“.

Das für den heutigen Leser des Buches sicherlich interessanteste Kapitel dürfte das VIII. sein; es heißt: „Einige Aspekte des Wiederauflebens der Vergangenheit in der Neuzeit“. Als eine Voraussetzung dieses Wiederauflebens wird das „Vermächtnis der Kolonialzeit“ angesehen, das sich unter anderem darin ausdrückt, dass die durch moderne westliche Bildung geprägten Dhimmi-Gemeinschaften in die Ablehnung des als kolonialistisch und imperialistisch bezeichneten Westens einbezogen wurden. Eine der Folgen dessen ist darin zu sehen, dass sich manche Vertreter dieser christlichen Minderheiten mit der antiwestlichen islamischen Haltung solidarisieren. Die Verfasserin beschränkt sich ausdrücklich bei der Beant-

wortung der Frage nach den Wurzeln des Islamismus darauf, „die in die Gegenwart hineinreichenden Auswirkungen vergangener Ideologien zu skizzieren“. Sie weist drauf hin, dass das Erstarren des Islamismus „keine revolutionäre ideologische Neuerung“ darstellt. Es handelt sich um Rückkehr zu den ursprünglichen Werten (es liegt nahe, dies als eine Art Reformation zu deuten), um die Wiederherstellung der ursprünglichen reinen islamischen Weltgemeinschaft und die Rückkehr der islamischen Staaten zur Schari'a, schließlich um die universale Herrschaft islamischen Rechts.

Angesichts der Reaktionen des Westens mit seiner zunehmenden anti-terroristischen Infrastruktur mit allen ihren militärischen, politischen und rechtlichen Implikationen fragt die Verfasserin, ob der Westen bereits, ohne es zu merken, in eine Dhimmi-Phase eingetreten ist.

Bat Ye'or sieht im Wiederaufleben traditioneller islamischer Vorgehensweisen kein vorübergehendes Phänomen, denn sie haben ihre Wurzeln in der historischen Erfahrung von 13 Jahrhunderten und entwickelten sich in Übereinstimmung mit unveränderlichen Realitäten ideologischer, religiöser, demographischer und politischer Natur. Gleichwohl steht auch bei der Verfasserin am Schluss die Frage, ob eine Überwindung des Islamismus möglich sei durch eine Änderung der Mentalität, durch die Beseitigung des sakralen Charakters des Dschihad und durch die Infragestellung des islamischen Imperialismus. Sie meint, dass der Islam es sich nicht ersparen kann, über die Mechanismen seiner Macht und seiner Ausbreitung nachzudenken. Dies müsste von den Muslimen selbst vorgenommen werden, „und zwar nicht von jener keineswegs repräsentativen Minderheit, die im Westen eingebürgert ist, sondern von jenen, die in ihren Ländern unter Hunderten von Millionen Menschen leben.“

Das Kapitel X „Schlussbetrachtung“ beschränkt sich auf die Überprüfung einiger Argumente aus der Kontroverse um die gegensätzlichen Auffassungen von der Dhimmitude. Darauf soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Erwähnt werden muss jedoch, dass Bat Ye'or ihrer Studie über 100 Seiten Quellentexte zu den einzelnen Kapiteln beigefügt hat, die vor allem Texte arabischer, islamischer Autoren bieten, die dem nicht fachkundigen Leser nur schwer zugänglich sind. Anmerkungen, Glossar islamischer Begriffe, Literaturverzeichnis und Sach- und Personenindex runden das Werk ab.

Dr. Gottfried Mehnert

Aus unserer Arbeit

42. EAK-Bundestagung in Heidelberg

Rachel mit großer Mehrheit im Amt bestätigt

Merkel: Das „C“ im Namen der Union ist unverzichtbar

„Zukunft für Deutschland – zwischen ‚Multikulti‘ und ‚Leitkultur?‘“ – so lautete das Motto der 42. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in Heidelberg. Auf der Bundesdelegiertenversammlung wurde der EAK-Bundvorsitzende, **Thomas Rachel**, mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Rachel erhielt 98,7% der gültigen Stimmen.

Als stellvertretende Vorsitzende des Bundesvorstandes wurden der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, **Dr. Ingo Friedrich**, die hessische Kultusministerin **Karin Wolff**, die thüringische CDU-Fraktionsvorsitzende **Christine Lieberknecht**, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, **Dieter Hackler**, und **Gustav Isernhagen** aus Niedersachsen gewählt.

In seiner anschließenden Rede bedankte sich Rachel für das in ihn gesetzte Vertrauen und betonte, dass er sich auch weiterhin konsequent und mit aller Kraft für eine verlässliche Politik aus Christlicher Überzeugung und Hoffnung heraus einsetzen wolle. Hinsichtlich des aktuellen Themas der Bundestagung sagte er, dass „Zukunft für Deutschland“ auch den Einsatz und die Sorge für die wertemäßigen und geistig-moralischen Grundlagen miteinschließen müsse, von denen unser Land lebe. Rachel weiter: „Ohne das bewusste Erinnern und Vermitteln und Vorleben wertemäßiger Vorgaben kann es keine gedeihliche, solidarische und menschenwürdige Zukunft in unserem Land geben. Eine Politik ohne wirklich tragendes Wertefundament – das sehen wir derzeit am Niedergang



v. l.: Bischof Ulrich Fischer, Thomas Rachel, Christine Lieberknecht, Klaus Berger, Günther H. Oettinger



Über 1500 Gäste in der Stadthalle in Heidelberg bei der Rede von Angela Merkel



Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel



EAK-Bundsvorsitzender *Thomas Rachel* dankt *Angela Merkel*



v. l.: *Dieter Hackler, Ingo Friedrich, Christine Lieberkecht, Gustav Insernhagen, Angela Merkel, Thomas Rachel, Christian Meißner*

von Rot-Grün geradezu beispielhaft – ist zum Scheitern verurteilt.“

Nach dem Vortrag von **Prof. Dr. Dr. Christoph Link** über das Verhältnis von Kirche und Politik in einer pluralen Gesellschaft diskutierten am Abend im Rahmen des traditionellen Theologischen Abendgesprächs der Badische Landesbischof **Dr. Ulrich Fischer**, **Prof. Dr. Klaus Berger** aus Heidelberg und Ministerpräsident **Günther H. Oettinger** zum Thema „Prägen christliche Werte auch die Gesellschaft der Zukunft?“.

Erfolgreiche Grundsatzrede von Angela Merkel

Die Kanzlerkandidatin der Union, Dr. Angela Merkel, sprach in Heidel-

berg vor über 1500 Gästen zum Thema „Zukunft für Deutschland in christdemokratischer Perspektive“. Die CDU-Parteivorsitzende und ehemalige Bundsvorsitzende des EAK plädierte in ihrer Grundsatzrede für eine wertegebundene Politik in christlicher Verantwortung und unterstrich die Unverzichtbarkeit tragender Glaubensüberzeugungen für die zukünftige Gestaltung unseres Landes. Merkel betonte, dass das „C“ im Parteinamen unverzichtbar sei. Es komme aber darauf an, diesen Orientierungsmaßstab am christlichen Menschenbild in den veränderten Zeiten neu zu erläutern. „Das ‚C‘ – das Christliche – sollte nie im Sinne einer Abschottung verstanden

werden, vielmehr ist es eine Einladung. Das Fundament unserer Gesellschaft und das Fundament der Christlich Demokratischen Union, das Fundament der Christlich Sozialen Union ist ohne die christliche Botschaft nicht denkbar.“, sagte Merkel.

Thomas Rachel sicherte der Kanzlerkandidatin der Union die volle Unterstützung des EAK zu. Er unterstrich, dass es jetzt um die Herausforderung gehe, in der Politik ein neues Vertrauen zu befördern: „Angela Merkel verkörpert für viele Menschen die Glaubwürdigkeit und Hoffnung, die dieses Land braucht, damit es wieder bergauf geht.“

Wahlergebnis des neu gewählten Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf der Bundesdelegiertenversammlung am 10. Juni 2005 in Heidelberg

Bundsvorsitzender: Thomas Rachel MdB	Nordrhein-Westfalen	98,7 %
Stellvertretende Bundsvorsitzende:		
1. Karin Wolff MdL, Kultusministerin	Hessen	92,3 %
2. Christine Lieberknecht MdL, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag	Thüringen	91,0 %
3. Dieter Hackler, Bundesbeauftragter für den Zivildienst	Nordrhein-Westfalen	73,0 %
4. Dr. Ingo Friedrich MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments	Bayern	67,9 %
5. Gustav Isernhagen	Niedersachsen	61,5 %
16 Beisitzer:		
1. Landtagsvizepräsidentin Renate Holznagel MdL	Mecklenburg-Vorpommern	89,7 %
2. Eleonore Rudolph	Hamburg	89,7 %
3. Ilse Falk MdB	Nordrhein-Westfalen	87,2 %
4. Tobias Utter	Hessen	87,2 %
5. Johanna Köhler	Thüringen	83,3 %
6. Franz Doleschal	Baden-Württemberg	82,1 %
7. Alexander Kraus MdL	Sachsen	82,1 %
8. Hans-Michael Bender	Baden-Württemberg	75,6 %
9. Stefan Dachsel	Berlin-Brandenburg	75,6 %
10. Hartmut Decker	Sachsen	75,6 %
11. Hans Bookmeyer MdL	Niedersachsen	74,4 %
12. Silke Gorißen-Mulder	Nordrhein-Westfalen	74,4 %
13. Friedemann Schwarzmeier	Rheinland-Pfalz	74,4 %
14. Prof. Dr. Wolfgang Merbach	Sachsen-Anhalt	73,1 %
15. Volker Oberhausen	Saarland	65,4 %
16. H.-Jürgen Hopf	Bayern	62,8 %



v. l.: Axel Wintermeyer und Marian Zachow

EAK Hessen präsentiert Internetseite

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Hessen hat kürzlich seine neue Internetpräsenz vorgestellt. Die unter Federführung des EAK-Landesvorstandsmitglieds **Marian Zachow** (Marburg) in Zusammenarbeit mit dem EAK Bundesverband und der Berliner Agentur Koll und Kollegen konzipierte und realisierte Homepage ist unter www.eak-hessen.de erreichbar.

Mit der neuen Homepage präsentiert der EAK auch erstmals sein neues Logo der Öffentlichkeit. Paulskirche und Hessischer Landtag verkörpern das für den EAK Hessen programmatische Miteinander von christlicher Verantwortung und politischem Engagement.

„Unsere neue Internetpräsenz soll eine Brücke zwischen Politik und Kirche werden“, erläutert EAK-Landeschef **Axel Wintermeyer** MdL. Über die Website seien Ansprechpartner des Evangelischen Arbeitskreises vor Ort schnell erreichbar, außerdem könne sich der Internetnutzer ein gutes Bild von der vielschichtigen Arbeit des EAK-Landesverbandes wie auch der Kreisverbände machen.

„Diese Homepage ist eine Einladung zu Dialog und Mitarbeit“, betont der EAK-Vorsitzende. Der EAK sei kein Parteinetzwerk hinter ver-

schlossenen Türen, sondern ein Verband, in dem CDU-Mitglieder gemeinsam mit parteilosen evangelischen Christinnen und Christen aktiv seien, hebt er hervor. „Gemeinsam wollen wir Politik aus evangelischer Verantwortung gestalten und eine hörbare protestantische Stimme in der Politik sein“, unterstreicht er. Er hoffe, mit dieser neuen Internetseite noch mehr Menschen auf den Evangelischen Arbeitskreis aufmerksam machen und für politisches Engagement begeistern zu können.

Neben Informationen über die Kreisverbände und den Landesvorstand finden sich alle aktuellen Termine auf der Homepage. Präsentiert werden außerdem Bilder von zurückliegenden Veranstaltungen sowie ein Archiv der Pressemitteilungen des Landesverbandes. Weiterhin gibt es die Möglichkeit, die Zeitschrift „Evangelische Verantwortung“ herunter zu laden.

Positive und offensive Lobbyisten: Juden in den USA

45% aller Juden leben in den USA, aber an der Gesamtbevölkerung stellen sie lediglich 2%. Dennoch sind sie eine einflussreiche Gruppe. In New York sind es bereits 1,7 Mio, insgesamt etwa sechs Millionen im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Diese Zahlen stellte **Christian**

Meißner als Referent bei der Veranstaltung des EAK-Kreisverbandes Soltau-Fallingbommel in der Walsroder Eckernworth voran. Als Bundesgeschäftsführer des EAK hatte er an einer Studienreise der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Partnerschaft mit dem American Jewish Committee (AJC) teilgenommen. Zustande gekommen war sie 1980, als die KAS auf Initiative des AJC positiv reagiert hatte. Die frühere Freundschaft Konrad Adenauers mit dem israelischen Staatspräsidenten Ben Gurion war wohl der Antrieb dafür.

70.000 Mitglieder hat das AJC. Es ist die politisch einflussreichste der mehr als 200 jüdischen Organisationen in den USA und es war die erste, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg die Hand zur Versöhnung gereicht hat.

Trotz dieser Zersplitterung schaffen die Juden es, ihren Interessen erfolgreich Gehör zu verschaffen. Jeder versteht sich als Botschafter, als Lobbyist seiner Volksgruppe. Und Lobbyismus ist in Amerika nicht etwa verpönt, sondern geachteter Ausdruck von gesundem Freiheitsempfinden und Patriotismus.

Aber die Juden, die zu großen Teilen bereits vor 100 und mehr Jahren wegen ihrer Verfolgung z. B. in Russland nach Amerika einwanderten, setzen sich nicht nur für ihre Gruppe ein, sondern für Minderheiten überhaupt, z. B. für Schwarze, für Katholiken und andere.

Aber über allem bleibt für liberale wie für konservative Juden die Gretchenfrage: Wie stehst Du zum Staat Israel? Für dieses „ihr Land“ bringen sie große Mittel auf. Juden in Amerika gehören zu den weit überdurchschnittlich Verdienenden, aber auch zu den größten Spendern des Landes.

Viele interessierte Nachfragen musste Christian Meißner nach seiner lebendigen Schilderung der Erlebnisse und Informationen dieser Reise noch beantworten, bevor die Kreisvorsitzende **Renate Lühr** ihn mit Dank und einem kleinen Geschenk wieder nach Berlin entließ.

EAK-Kreisverband Rems-Murr:**Verfassungsschutzexperte
Heribert Müller informiert
über Islamismus**

Der islamistische Terrorismus ist nicht nur ein Phänomen in weit entfernt liegenden orientalischen Ländern. Ende 2004 wurden von Spezialkräften der Polizei die Iraker Ata R., Rafek Y. und Masin H., die zur islamistischen Terrororganisation Ansar al Islam gehören, in Bad Cannstatt festgenommen. Die kleine Terrorzelle wollte auf den irakischen Ministerpräsidenten Ijad Allawi, der damals anlässlich eines Staatsbesuchs in Deutschland weilte, einen Anschlag verüben. Seitdem ist deutlich, dass islamistische Gruppen nicht nur in orientalischen Ländern, sondern mitten in unserer Gesellschaft existieren.

Um über das Phänomen und seine Hintergründe zu informieren, hatte der EAK-Kreisverband Rems-Murr zur Vortrags- und Informationsveranstaltung mit dem Leiter der Islamabteilung im Landesamt für Verfassungsschutz, **Heribert Müller**, eingeladen. Mehr als 90 interessierte Zuhörer, darunter der Landtagsabgeordnete **Hans Heinz** und der frühere Landtagspräsident **Erich Schneider** waren der Einladung nach Winterbach gefolgt.

Heribert Müller teilte die islamischen Gruppierungen, mit denen sich der Verfassungsschutz heute auseinandersetzt, in drei Gruppen ein: die „Traditionalisten“, zu denen auch Muslime saudisch-arabischer Herkunft gehören, die im Kontakt mit Terroristen stehen, selbst aber keine Terroranschläge verüben. Zu dieser Gruppe gehört z.B. die mit Geldern der saudischen Königsfamilie gebaute König Fahd Akademie in Bonn: „Was zum Teil in den Schriften der König Fahd Akademie zu lesen ist, steht nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes“, machte Heribert Müller deutlich. Die zweite Gruppe, die „Islamisten“, teilte der Islamismusexperte in gemäßigte Islamisten und gewaltbereite Islamis-



Heribert Müller beim EAK-Kreisverband Rems-Murr

ten ein. Als dritte Kategorie nannte Heribert Müller den „islamistischen Terrorismus, zu dem international agierende Gruppen wie Al Quaida wie auch nationale islamistische Gruppen mit ihren Netzwerken zählen.“ Beeinflusst werden diese Gruppen vom Gedankengut der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft. Sie strebte als Bewegung gegen die im Zuge des Kolonialismus in den Orient gekommenen westlichen Ideen die Wiederaufrichtung des Kalifats an. Anstelle von Nationalstaaten sollte wieder die übernationale Gemeinschaft der Muslime, die „Umma“, treten. In dem von Islamisten angestrebten Gemeinwesen ist die alleinige Richtschnur der Koran und die Scharia, die auch von allen Nichtmuslimen verbindlich einzuhalten ist. „Demokratie und westliche Ideen werden abgelehnt“, resümierte Müller. Heutige Islamisten wie z.B. Al Quaida werden von den Schriften der Muslimbrüder Hassan al Banna und Sayyid Qutb beeinflusst.

„Aktuell leben in Baden-Württemberg 4400 Islamisten, von denen ca. 3900 den türkischen Gruppierungen – hauptsächlich Milli Görüs – angehören, und 500 arabischer Herkunft, die den Muslimbrüdern, „Hamas“ und anderen Organisationen zuzurechnen sind,“ beschrieb Heribert Müller die Strukturen des Islamismus in Baden-Württemberg. Junge Deutsche sind ebenso anfällig für terroristische Parolen. Müller zeigte das an dem Beispiel eines aus

Blaubeuren stammenden jungen Mannes auf, der im Tschetschenienkrieg gefallen war, und dort aufgrund seiner islamistischen Überzeugungen aufseiten der Tschetschenen gekämpft hatte.

Ein großes Problem für den Verfassungsschutz und die Inneren Behörden stellen die Sprache und die vollkommen andere Kultur dar. Die überwiegende Mehrheit der Muslime hat die Tendenz, die extremistischen Täter in ihren eigenen Reihen nicht zu identifizieren: „Es herrscht innerhalb islamischer Gruppierungen so etwas wie eine „Omerta“, eine Kultur des Schweigens gegenüber deutschen Behörden. Muslime mit gemäßiger Einstellung zeigen so gut wie nie Straftaten von Islamisten an“, berichtete der Verfassungsschutzmann über die Schwierigkeiten der ermittelnden Behörden. Zentren der Islamisten sind Ulm und Neu-Ulm, aber auch in Schorndorf gibt es eine Moschee, die der türkisch-islamistischen Gruppierung Milli Görüs angehört. In der sich anschließenden Diskussion wurde dann thematisiert, wie die Politik auf die Erscheinung zu reagieren habe.

Hans Heinz, Mitglied im Innenausschuss von Baden-Württemberg und Vorsitzender des Arbeitskreis Inneres der CDU – Landtagsfraktion stellte klar: „Wir fahren gegenüber gewaltbereiten Islamisten eine harte Linie. Wir schieben konsequent ab, wie z.B. den Hassprediger aus Ulm, der vor kurzem ausgewiesen wurde.“



v. l.: Esslingens Sozialbürgermeister Markus Raab, Udo Goldmann, Simone Jaumann-Wang, Martin Klumpp, Stefan Sprenger

EAK der CDU Esslingen am Neckar: „Politiker für christliche Anliegen sensibilisieren und Christen für politisches Engagement gewinnen!“

„Wie politisch darf die Kirche sein?“, fragte **Stefan Sprenger** als Moderator einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Kirche und Politik im Dialog“. Der Stuttgarter Prälat **Martin Klumpp** und der Esslinger Erste Bürgermeister a. D. **Udo Goldmann** gaben Antwort im Lutherbau beim CVJM Esslingen. Eingeladen hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU Esslingen am Neckar.

Für Klumpp müsse die Frage neu aufgerollt werden, denn seit Beginn der 90er Jahre seien drei Faktoren prägend: Die Wiedervereinigung habe Staat und Menschen ein neues „Teilen und Verzichten“ abverlangt, der niedergerissene Eisener Vorhang führe dazu, dass die Völker im Osten auch am Wohlstand des Westens partizipieren wollen. Ferner habe die Globalisierung dazu geführt, dass einstige Länder der Dritten Welt konkurrenzfähig in die Wirtschaftsmärkte eingetreten seien.

Neue Regeln sind gefordert

Der Prälat und Pfarrer der Stuttgarter Stiftskirche forderte neue Regeln, die gemeinsam von Kirche und Staat erarbeitet werden sollten: „Die Kirche wird sich dabei aber nicht in den Vordergrund stellen!“, so Klumpp. Er regte an, das im Grundgesetz gefasste und in der Praxis bewährte Staat-Kirche-Modell von Deutschland verstärkt in Europa einzubringen. Darin seien Staat und Kirche zwar getrennt, der Staat lasse aber Raum für die Entfaltung kirchlichen Lebens und für den gesellschaftlichen Beitrag der Kirchen.

Christliche Politiker haben ein festes Wertefundament

Der Politiker und langjährige Erste Bürgermeister der Stadt Esslingen, Udo Goldmann, sieht in seinem christlichen Glauben die Stärke, um im Einzelfall leichter Kompromisse zu machen: „Im Vergleich zu einem Gesprächspartner, der ein eher diffuses Weltbild aufweist, habe ich eine feste Grundlage, um auf die unterschiedlichen Interessen ausgehend eingehen zu können.“ Er fügte hinzu: „Einen Kuhhandel kann es daher für Christen nicht geben!“

Vertrauen in die Politik und die Kirche gestört

Goldmann glaubt den Ergebnissen der aktuellen Shell-Studie, dass Politik und Kirche seitens der Bürger hinsichtlich der Lösung der dringenden Fragen dieser Zeit wenig Vertrauen entgegen gebracht wird. Er kennt auch den Grund: „Deren Vertreter haben auf klare Werte und Normen über Jahre verzichtet!“ Die Bürgerinnen und Bürger wollten aber von „ihrer Führung“ klare Ziele formuliert haben.

Wird die Kirche durch Einmischung zur Partei?

Die EAK-Vorsitzende **Simone Jaumann-Wang** stellte fest, dass die Mitwirkung der Kirchen in der Politik ein spannendes Thema sei. Die Kirche müsse beispielsweise beim Thema Abtreibung klar Stellung beziehen. Auch für Prälat Klumpp sei dies ein wichtiges persönliches Anliegen. Im Gegensatz zur allgemeinen Auffassung habe der Gesetzgeber Abtreibung nicht erlaubt, sondern lediglich straffrei gestellt, so Klumpp. Der Esslinger CDU-Stadtverbandsvorsitzende **Dirk Handler** sprach von der Gratwanderung zwischen Begleitung und der Vereinnahmung der Parteien durch die Kirchen. Handler schätzt die gute und vertrauensvolle Kooperation der CDU mit den Kirchen. Prälat Klumpp unterschied zwei Arten des Einmischens: „Zum Einen die zulässige Meinung des Christen in einer Sachfrage und zum anderen die Kraft der Kirche durch ihre sozialen Institutionen zu wirken“. Er forderte dazu auf, kritisch gegenüber Entwicklungen unserer Zeit zu sein und beim Streit um die Wahrheit den Geist des Friedens walten zu lassen.

Unsere Autoren:

Prof. Dr. Walter Schmithals
Homburgerstraße 16
14197 Berlin

Dr. Gottfried Mehnert
Dörfflerstraße 4
35037 Marburg

geber: Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Karin Wolff, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Melanie Liebscher, Christian Meißner (V.i.S.d.P.) · Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030-22070-432, Fax: 030-22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de · Konto: Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00 Konto-Nr.: 266 098 300 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100 % chlorfrei.

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der „Evangelischen Verantwortung“,

unser Land braucht einen Politikwechsel. In den kommenden politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft unseres Landes wird der EAK der CDU/CSU in gewohnter und verlässlicher Weise – inner- wie außerparteilich – seine Stimme erheben und für eine glaubwürdige und am christlichen Menschenbild orientierte Politik kämpfen. Mit dem Wohlwollen, mit dem Sie uns in den letzten Jahren und Monaten geholfen haben und für das ich mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken möchte, unterstützen Sie diese zentrale Aufgabe des EAK in entscheidender Weise: Ihre Spende trägt auch künftig wesentlich dazu bei, dass wir unsere evangelische Verantwortung in der Politik mit Erfolg wahrnehmen können. Ihre Unterstützung ist für uns ein Ansporn und eine Ermutigung für die vielen nun vor uns liegenden Aufgaben.

Ich darf Sie an dieser Stelle auf unsere besondere Sommer-Spendenaktion hinweisen, die bis zum 1. Oktober 2005 gilt: Jeder Spender erhält kostenlos als Dankeschön die EAK-Jubiläumsschrift. Ab einem Spendenbeitrag in Höhe von 50 Euro erhalten Sie darüber hinaus gratis das gerade erschienene EAK-Buch „Hermann-Ehlers, Evangelische Verantwortung gestern und heute, Bd.1“ mit allen prominenten Vor- und Beiträgen aus dem zurückliegenden Hermann-Ehlers-Jahr 2004.

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Treue.

Gottes Segen für Sie und Ihre Familie.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Christian Meißner
(Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU)

Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

E v a n g e l i s c h e r A r b e i t s k r e i s

Konto-Nr. des Empfängers

2 6 6 0 9 8 3 0 0

Bankleitzahl

1 0 0 4 0 0 0 0

bei (Kreditinstitut)

C o m m e r z b a n k B e r l i n

EUR

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Empfänger

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Konto-Nr. _____ bei _____

266098300 10040000

EUR

Kontoinhaber/Einzahler

(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)